

## Die Internationalisierung der Lehre an deutschen Universitäten

Anforderungen an die politikwissenschaftliche Teildisziplin der Internationalen Beziehungen

*Der Beitrag knüpft an die aktuelle Debatte über Veränderungen des deutschen Hochschulwesens an, indem er den wachsenden Reformdruck in den Kontext des fortschreitenden Internationalisierungsprozesses der universitären Lehre stellt. War die Zeit vor 1945 von einem Wechsel zwischen Internationalisierung und Re-Nationalisierung geprägt, so offenbaren wesentliche Indikatoren – wie der wachsende akademische Austausch und die zunehmende Einrichtung internationaler Studiengänge – für die letzten Jahrzehnte einen deutlichen Trend zu formeller und substanzialer Internationalisierung. Diese Entwicklung stellt auch die deutsche Politikwissenschaft sowie ihre Teildisziplin Internationale Beziehungen vor die doppelte Herausforderung einer Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Standorts und seiner Studierenden. Die diesbezüglichen Vorschläge der Autoren sind zweigleisig: Einerseits wird anhand eigener Erfahrungen dargestellt, wie im Rahmen der gegenwärtig verfügbaren Ressourcen eine innovative Lehrveranstaltung im Fach Internationale Beziehungen aussehen kann; andererseits werden Anregungen zum Ausbau dieser Ressourcen gegeben, darunter die Schließung von Kapazitätslücken im Betreuungsbereich und die Einrichtung von interdisziplinären Zentren für Internationale und Globale Studien.*

### 1. Einleitung<sup>1</sup>

Die jüngste Debatte über die Einrichtung von Elite-Universitäten in Deutschland zeigt, dass nun auch in der Hochschulpolitik allmählich Einsichten zu den durch die Globalisierung gebotenen Notwendigkeiten gereift sind, die in anderen Politikfeldern wie der Arbeitsmarkt- oder Gesundheitspolitik bereits tief greifende Reformvorhaben gezeigt haben. Denn wie der Globalisierungsprozess im Allgemeinen so ist auch der Internationalisierungsprozess im Hochschulwesen eine unabwendbare Herausforderung, der rechtzeitig mit klugen institutionellen und substanzialen Weichenstellungen begegnet werden muss, soll die Konkurrenzfähigkeit und Effektivität des deutschen Standorts über den Tag hinaus gesichert werden. Zu der aus dieser Erkenntnis erwachsenen Diskussion möchten wir – insbesondere aus der Perspektive der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen, die selbst ein Produkt dieser Internationalisierung ist – beitragen, indem wir die Aufga-

1 Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag, den die Autoren am 2. Februar 2004 anlässlich der Verleihung des baden-württembergischen Landeslehrpreises 2003 an der Universität Tübingen gehalten haben. Die Verfasser sind Herrn Matthias Staisch, M.A., für seine Mithilfe bei der Vorbereitung dieses Vortrags zu Dank verpflichtet.

ben und Probleme der Lehre an deutschen Universitäten vor dem Hintergrund fort schreitender Globalisierung skizzieren und Vorschläge für einen effektiveren Umgang mit diesem Prozess formulieren. Auch wenn Anleihen beim angelsächsischen Bildungssystem die gegenwärtige Diskussion bestimmen und auch in unseren Ausführungen eine wesentliche Rolle spielen werden, so wollen wir doch versuchen, der spezifischen Situation, wie sie sich hierzulande in Folge des bisherigen Internationalisierungsprozesses ergeben hat, bei unseren Vorschlägen gerecht zu werden.

Zunächst soll daher der Prozess der Internationalisierung der Lehre in Deutschland bis zu seinem heutigen Stand rekapituliert werden. Nach einem kurzen Blick auf die Situation an deutschen Hochschulen vor 1945 (Abschnitt 2) folgt ein Abriss der Entwicklung seit Gründung der Bundesrepublik, sowohl im Hinblick auf die Wissenschaftsdisziplinen im Allgemeinen (3.1) als auch auf die Sozial- und Politikwissenschaften im Besonderen (3.2). Hierbei wird zwischen zwei Dimensionen von Internationalisierung zu unterscheiden sein: der *formellen Internationalisierung* einerseits, welche sich unter anderem im Rahmen der Einführung international anerkannter Abschlüsse und eines Leistungspunktesystems sowie durch das Angebot fremd- und insbesondere englischsprachiger Lehrveranstaltungen vollzieht, und der *substanziellen Internationalisierung* andererseits, d. h. der Zunahme internationaler Themenstellungen in der Lehre, wie sie sich unter anderem in der Entstehung und Entwicklung der Lehre der Internationalen Beziehungen paradigmatisch offenbart. Aufbauend auf dieser historisch-deskriptiven Bestandsaufnahme werden wir einige zentrale Anforderungen an die politikwissenschaftliche Lehre in Deutschland benennen, die sich aus dem Prozess der Internationalisierung ergeben haben (4.1). Diese Anforderungen betreffen in zweierlei Hinsicht den Aspekt der Konkurrenzfähigkeit. Zum einen muss der Wissenschaftsstandort Deutschland seine Position im globalen Wettbewerb behaupten und weiter ausbauen können; zum anderen müssen die Chancen unserer Studierenden auf den internationalen Arbeitsmärkten gewahrt und verbessert werden. Als Beispiel für einen unseres Erachtens gelungenen Umgang mit diesen Anforderungen an die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen werden wir ausführlich auf eigene Erfahrungen – insbesondere mit einer Lehrveranstaltung zum System der Vereinten Nationen (VN) – am Tübinger Institut für Politikwissenschaft eingehen, welche andernorts für die Lehre nutzbar gemacht werden könnten (4.2). Während diese – einen zentralen Platz in unseren Ausführungen einnehmende – Darstellung unserer Lehrveranstaltung einen Weg weist, wie mit den gegenwärtig vorhandenen Mitteln den skizzierten Herausforderungen begegnet werden kann, so wollen wir abschließend auch Anregungen für nachhaltige institutionelle Innovationen geben (5). Durch diese Schritte könnte das deutsche Hochschulwesen dem genannten doppelten Ziel – Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Standorts und seiner Studierenden – deutlich näher kommen, indem die hierzulande zur Verfügung stehenden Ressourcen ausgebaut und effektiver genutzt werden.

## 2. Internationalität und Nationalismus an Universitäten bis 1945

Die Tatsache, dass die verstärkte internationale Ausrichtung deutscher Hochschulen gerade in den letzten Jahren von einer intensiven Diskussion begleitet wurde (Wissenschaftsrat 2000: 29), sollte uns nicht vergessen lassen, dass die Durchlässigkeit geographischer Grenzen gerade im Hochschulwesen eine viel längere Tradition hat. Die ersten europäischen Universitäten (wie die von Bologna und Paris), welche im 12. und 13. Jahrhundert gegründet wurden, zeichneten sich noch durch das Fehlen einer starken Ortsgebundenheit und durch ihre Besitzlosigkeit aus. Oft wechselte die Hochschule schon bei kleinsten Konflikten mit weltlichen oder kirchlichen Amtsträgern den Standort.<sup>2</sup> Auch Gelehrte und Studierende wiesen in dieser Zeit – als fahrende Scholaren – ein hohes Maß an Mobilität auf, zumindest sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse es zuließen. Hilfreich war hierfür ein bereits im ausgehenden Mittelalter existierendes Stipendien- und Studienförderwesen. Zum Teil wurden Scholaren die Studien- oder Prüfungsgebühren erlassen, weil sie einflussreiche Fürsprecher und Förderer hatten oder weil die Universität es als eine besondere Ehre empfand, gerade diesen Scholar in ihre Reihen aufzunehmen. So ist für die Zeit des 12. und 13. Jahrhunderts an den Universitäten in Italien, Frankreich und auf der Iberischen Halbinsel eine beachtliche Zahl von deutschen Gelehrten nachweisbar.<sup>3</sup> Der Internationalisierungsgrad der Studierendenschaft der Universitäten war so hoch, dass mitgliederstarke landsmannschaftliche Zusammenschlüsse, so genannte *nationes*, gegründet wurden, die den Universitäten unter anderem zu Verwaltungszwecken dienten.<sup>4</sup> Freilich war dieser Zustand, der den Beginn der Universitätsgeschichte prägte, nicht von Dauer. Das Große Schisma der lateinischen Christenheit (1378 bis 1417) erzwang die Nationalisierung des bis zu diesem Zeitpunkt transnationalen Bildungswesens. Deutsche Studenten mussten unter anderem Paris verlassen, was den Anstoß zu den ersten Universitätsgründungen in Deutschland gab (Heidelberg 1385, Köln 1388, Erfurt 1392).<sup>5</sup> So offenbarte sich schon in der Anfangszeit der Universitäten eine Dynamik von Offenheit und Internationalisierung einerseits und Verengung durch nationalistische Gegenbewegungen bis hin zu ihrer Vereinnahmung für Zwecke der nationalistisch exklusiven kollektiven Identitätsstiftung andererseits.

2 Vgl. dazu Denifle (1885). Das erste eigene Haus erhielt die Universität von Paris erst 1257 durch ein Geschenk des Canonicus Robert de Sorbon (vgl. Irrgang 2003).

3 Ebenfalls zu beobachten waren Protestabwanderungen ganzer Lehrertengruppen, die damit ihrem Unmut über Strukturen und Fehlentwicklungen an ihren Universitäten Ausdruck verliehen. Ebenso führenden grassierende Pestwellen immer wieder zum Exodus ganzer Gruppen (Denifle 1885).

4 In Paris gab es deren vier: Gallier, Normannen, Picarden und Engländer; in Italien gab es zwei *nationes*: *ultramontani* und *citramontani*; an der Prager Universität wurden vier Nationen unterschieden: Böhmen, Bayern, Polen und Sachsen (Kibre 1948: 28; Schumann 1975: 60-71).

5 Auch in Prag führte die Diskriminierung in Folge des Schismas zum Exodus der nichtböhmischen Studierenden. Nach vergeblichem Widerstand gegen das neue Abstimmungssystem verließen die Bayern, Polen und Sachsen Prag und gründeten 1409 die Universität Leipzig (Flaschendräger 1981).

Ein weiteres Beispiel für diese Ambivalenz in der Universitätsgeschichte ist die Zeit des Vormärz und hier insbesondere die Haltung der deutschen Burschenschaften. Einerseits trugen sie durch die Rezeption und offensive Vertretung der Ideen der französischen Juli-Revolution des Jahres 1830 oder auch durch ihre Solidarisierung mit dem polnischen Volksaufstand (1830/1831) zur Verbreitung liberalen und demokratischen Gedankengutes bei. Andererseits wurde das parallel hierzu erstarrende Eintreten für die nationale Einheit – symbolisiert durch die schwarz-rot-goldenen Farben der im Juni 1815 gegründeten Jenaer »Urbursenschaft«<sup>6</sup> – früh übersteigt in einen Nationalismus, der Nicht-Deutschen oder Nicht-Christen die Mitgliedschaft verwehrte.<sup>7</sup>

Den heute noch erschreckenden Höhepunkt dieser nationalistischen Verengung an deutschen Universitäten bildete schließlich die NS-Zeit. Bereits unmittelbar nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten organisierte der Dachverband der Deutschen Studentenschaft die Kampagne »Wider den undeutschen Geist«, in deren Verlauf von April bis Juni 1933 in 40 Universitätsstädten die Bücher-Scheiterhaufen brannten. Die deutschen Studenten sollten sich – so Joseph Goebbels – von einem »überspitzten, jüdischen Intellektualismus« befreien.<sup>8</sup> Ebenfalls noch im April 1933 wurde das Gesetz zur »Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« erlassen, welches bestimmte, »Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, [...] in den Ruhestand zu versetzen«. In der Folge wurden jüdische, aber auch liberale und demokratische Beamte aus der öffentlichen Verwaltung, aus Schulen und Universitäten entfernt und durch Nationalsozialisten oder deren Mitläufer ersetzt. Ebenso wurden jüdische Studenten sukzessive von den deutschen Universitäten verdrängt.<sup>9</sup> Auch die universitären Austauschbeziehungen gerieten früh unter die Kontrolle der Nationalsozialisten: 1934 wurde der Geschäftsführer des Deutschen Akademischen Aus-

---

6 Die Farben selbst wurden von den Uniformen des 1813 gegründeten Lützowschen Freikorps übernommen, dem sich viele Studenten unter dem Eindruck der napoleonischen Besatzung sowie patriotischer bis völkerlicher Schriften (z. B. von Ernst Moritz Arndt, Johann Gottlieb Fichte und Friedrich Ludwig Jahn) angeschlossen hatten, um die regulären Truppen zu unterstützen (Steiger 1991: 13-27).

7 Die Jenaer »Urbursenschaft« selbst sah zumindest noch die Aufnahme Nicht-Deutscher vor – Nicht-Christen waren jedoch zeitweise ausgeschlossen. Obwohl bei der Bücherverbrennung auf dem Wartburgfest 1817 maßgeblich Werke (23 Titel) »den Flammen übergeben« wurden, die für die alte Ordnung und den Obrigkeitstaat standen, wurden auch der *Code Napoléon* (Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, Abschaffung traditioneller Privilegien) und die vor dem Gefahren eines übersteigerten Deutschtums warnende Broschüre »Germanomanie, Skizze zu einem Zeitgemälde« des deutsch-jüdischen Schriftstellers Saul Ascher mit den Worten »Wehe über die Juden, so da festhalten an ihrem Judenthum und wollen über unser Volksthum und Deutschthum schmähen und spotten« (Schäfer 1997: 27) verbrannt.

8 Vgl. Berliner Tagesspiegel, 14.4.2003, in: <http://www.hu-berlin.de/presse/tsp/ss03/bibliothek.html>; 27.8.2004.

9 Bereits in den ersten Wochen nach dem nationalsozialistischen Machtantritt wurden 15 prominente jüdische Professoren entlassen, unter ihnen Albert Einstein, und bis 1939 ist beinahe die Hälfte aller Stellen an den deutschen Hochschulen neu besetzt worden (Grüttner 1995: 212-227).

tauschdienstes, Adolf Morsbach, verhaftet, nachdem bereits 1933 das Präsidium des DAAD von den Nationalsozialisten politisch gleichgeschaltet worden war.<sup>10</sup>

### 3. Die Internationalisierung der Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland

War das deutsche Universitätswesen vor 1945 durch den Exodus eines nicht gerin- gen Teils der kreativsten wissenschaftlichen Intelligenz nachhaltig geschwächt und durch die Indienststellung für den geistig bornierten Nationalsozialismus zumindest teilweise deformiert worden, so zeichnen sich die bundesdeutschen Universitäten der Nachkriegszeit – angestoßen durch das von den Alliierten vorgegebene Ziel der Entnazifizierung und Demokratisierung des deutschen Bildungswesens – durch einen kontinuierlichen Prozess der Re-Internationalisierung aus. Die Internationalisierung der Lehre ist im Wesentlichen an drei Indikatoren abzulesen: *erstens* am zunehmenden Austausch von Studierenden, *zweitens* am wachsenden Austausch von Dozenten, und *drittens* – und dies ist eine neue Entwicklung – an der Einrich- tung internationaler Studiengänge.

#### 3.1. Die Internationalisierung der Wissenschaftsdisziplinen im Allgemeinen

Ein wichtiger Beleg für die bereits in der jungen Bundesrepublik einsetzenden Internationalisierungsbestrebungen ist die Neugründung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Alexander von Humboldt-Stiftung. Letztere wurde im Jahre 1953 auf Anregung ehemaliger Humboldt-Stipendiaten mit dem Ziel wieder errichtet, »[d]ie internationalen kulturpolitischen Beziehungen Deutschlands und die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Wissenschaft in Deutschland durch Länder- und Fächergrenzen überschreitende Zusammenarbeit von Spitzenvissenschaftlerinnen und -forschern zu stärken«.<sup>11</sup> Das Resultat dieser Bemühungen ist heute ein Netzwerk von 23.000 Humboldt-Gastwissenschaftlern aller Fachgebiete in 130 Ländern.

Der akademische Austausch selbst war bereits drei Jahre vor der Wiedererrichtung der Alexander von Humboldt-Stiftung – und nur ein Jahr nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland – neu belebt worden: Auf Anregung von britischer Seite kam es am 5. August 1950 zur formellen Neugründung des DAAD. In der Hauptsache ging es zunächst vor allem um die Bereitstellung von Devisen für akademische Auslandsaufenthalte, erste Stipendien für Ausländer zum Studium in der Bundesrepublik, Auslandsstipendien für Deutsche und den Austausch von Praktikanten.<sup>12</sup> Wurden vom DAAD im ersten Jahr noch 426 Studierende (darunter 196

10 Morsbach kehrte nach zweimonatiger Haft nicht mehr zum DAAD zurück; es folgten für den DAAD immer stärkere Restriktionen durch staatliche Institutionen (vgl. <http://www.daad.de/portrait/de/1.4.2.html>; 27.8.2004).

11 Vgl. <http://www.avh.de/de/stiftung/leitprinzipien.htm>; 27.8.2004.

12 Bereits ein Jahr später, 1951, und damit vier Jahre vor der Wiedereröffnung der deutschen Botschaft in Großbritannien (1955) richtete der DAAD eine Außenstelle in London ein und begann den Professorenaustausch mit Großbritannien (vgl. <http://www.daad.de/portrait/de/1.4.2.html>; 27.8.2004).

Ausländer) gefördert, so hatte sich die Zahl zehn Jahre später bereits mehr als verzehnfacht (1960: 4861 Studierende, davon 3151 Ausländer) und ist seitdem noch einmal um den Faktor zehn gestiegen (2002: 47.768 Geförderte, davon 29.065 Ausländer). Im Jahre 1996 hat der DAAD darüber hinaus ein Gastdozentenprogramm eingeführt, in dessen Rahmen bis Mitte 2003 insgesamt 453 Gastdozenten an 117 deutsche Hochschulen vermittelt werden konnten.

Heute nennt der DAAD als eines seiner fünf Hauptziele explizit die »Internationalisierung der Hochschulen«, »damit Deutschland eine erste Adresse für den wissenschaftlichen Nachwuchs aus aller Welt bleibt bzw. wieder wird«.<sup>13</sup> Entsprechend den oben genannten drei Indikatoren der Internationalisierung hat sich der DAAD neben dem Austausch von Studierenden und Dozenten auch die Förderung von Studiengängen mit starker internationaler Orientierung zum Ziel gesetzt, welche sich durch besondere Betreuungsangebote, integrierte Studienphasen im Ausland, fremd-, insbesondere englischsprachige Lehrveranstaltungen und die Vergabe eines Bachelor- oder Mastergrades auszeichnen. Seit 1997 förderte der DAAD bereits 62 solcher Studiengänge.<sup>14</sup>

Blickt man – jenseits der konkreten Förderung durch den DAAD – auf die Gesamtzahlen des akademischen Austauschs, so finden sich auch hier deutliche Belege für die fortschreitende Internationalisierung der deutschen Hochschulen. So ist die Zahl der deutschen Studierenden im Ausland stetig angewachsen, von 1980 (17.890) bis 2000 auf das nahezu Dreifache (50.000). Die wichtigsten Zielstaaten waren die USA und Großbritannien/Nordirland, die zusammen in den letzten Jahren rund 40% der deutschen Austauschstudierenden aufnahmen.<sup>15</sup>

Die dominanten Fächergruppen bildeten die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (im Jahre 2000 in den USA 30,6% der deutschen Studierenden; in Großbritannien/Nordirland sogar 35,5%). Umgekehrt stieg auch die Zahl der ausländischen Studierenden in Deutschland kontinuierlich an: Waren es 1975 noch 45.590 Studierende, so lag die Zahl 1990 bereits bei 92.016. Und bis zum Jahre 2002 hat sich diese Zahl noch einmal auf 206.141 mehr als verdoppelt (davon 142.786 Bildungsausländer und 63.355 Bildungsinländer). Damit steht Deutschland weltweit an dritter Stelle der Zielländer für ausländische Studierende. Die Abbildung in Prozentanteilen macht allerdings deutlich, dass der Anteil der ausländischen Studierenden an der Gesamtzahl der Studierenden an deutschen Hochschulen seit 1991 und insbesondere seit 1999 noch einmal schubhaft angestiegen ist: Hatte sich der Anteil zwischen 1975 (5,7%) und 1991 (6,1%) nur unwesentlich verändert, so wuchs er bis

13 Vgl. <http://www.daad.de/portrait/de/1.1.html>; 27.8.2004.

14 Vgl. <http://www.daad.de/hochschulen/de/5.2.1.1.html>; 27.8.2004.

15 Vgl. <http://www.wissenschaft-weltoffen.de>; 27.8.2004. Auch die Auswertung der ERASMUS-Programme für das Hochschuljahr 2002/2003 offenbarte einen deutlichen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr: Mit 18.482 deutschen Studierenden, die ein Teilstudium im europäischen Ausland absolvierten, lag die Zahl um rund 2000 höher als im Hochschuljahr 2001/2002. Ebenso stieg die Mobilität der Dozenten deutlich an, nämlich um rund 12% von 2115 im Jahr 2001/2002 auf 2380 Personen im Folgejahr (vgl. DAAD-Pressemitteilung, 4.12.2003, in: [http://www.daad.de/presse/de/2003/8.1.1\\_6003.html](http://www.daad.de/presse/de/2003/8.1.1_6003.html); 27.8.2004).

1999 auf 9,2% an und betrug 2002 sogar 11,0% (7,6% Bildungsausländer). Bemerkenswert ist bei diesem deutlichen Anstieg vor allem der Zuwachs von Studierenden aus Asien: Zurzeit besuchen rund 14.000 junge Chinesen und 1.700 Inder deutsche Hochschulen – jeweils dreimal so viele wie vor fünf Jahren (Heinemann 2003).<sup>16</sup>

Sucht man nach Gründen für den – gerade in den letzten vier Jahren – deutlichen Anstieg des Anteils ausländischer Studierender an deutschen Universitäten, so springt zunächst eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft vom Oktober 2000 ins Auge. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung verständigte sich im Rahmen ihres bildungspolitischen Gesprächs »Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland« auf die Einrichtung einer »Konzertierten Aktion Bildungsmarketing«. Als Ziel dieser Marketinginitiative formulierte die Kommission: »Deutschland muss wieder erste Adresse werden, wenn es um die Aus- und Weiterbildung künftiger ausländischer Fach- und Führungseliten geht« (Bund-Länder-Kommission 2000: 3).<sup>17</sup> Die erwähnte Trias der Internationalisierung – Studentenaustausch, Dozentenaustausch und internationale Studiengänge – bildet den Kern dieser Initiative. Denn als Strategie wird neben der Intensivierung des akademischen Austauschs insbesondere die Verbesserung der Attraktivität deutscher Bildungseinrichtungen genannt. Hierzu soll unter anderem eine stärkere internationale Orientierung in den grundständigen und Aufbaustudiengängen dienen, einschließlich der Entwicklung englischsprachiger Studienangebote (Bund-Länder-Kommission 2000: 9).<sup>18</sup> In diesen Bereich fallen darüber hinaus die Studiengänge deutscher Hochschulen, die im Ausland angeboten werden (29 Studiengänge weltweit; Stand: Juli 2003). Das Bundesbildungsministerium hat im Rahmen dieser Zielsetzungen der Bund-Länder-Kommission für das Jahr 2004 14 Millionen Euro für die Internationalisierungsprogramme des DAAD, der Alexander von Humboldt-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz eingeplant.<sup>19</sup>

Neben diesen nationalen Initiativen und Programmen sollte bei der Suche nach Gründen für den aktuellen Internationalisierungsschub auch auf den so genannten Bologna-Prozess verwiesen werden, der den Bezugsrahmen der gegenwärtigen Bemühungen in vielen europäischen Ländern bietet. Dieser Prozess wurde im Sommer 1999 von den Bildungsministern aus 29 europäischen Ländern eingeläutet. Sein Ziel ist die Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis zum Jahr 2010, in

- 
- 16 Unter den Bildungsausländern stellen die chinesischen Studierenden mit 9,5% die mit Abstand stärkste Gruppe vor den Studierenden aus Polen (6,2%) und der Russischen Föderation (5,0%). Bezieht man auch die Bildungsinländer mit ein, so stellt allerdings die Türkei mit 24.041 (= 11,7%) das mit Abstand stärkste Kontingent der ausländischen Studierenden (vgl. <http://www.wissenschaft-weltoffen.de>; 27.8.2004).
  - 17 Ähnlich formulierte es im gleichen Jahr der Wissenschaftsrat: »Deutschland muß im eigenen langfristigen Interesse zu einem Einwanderungsland für herausragend qualifizierte ausländische Studierende und Wissenschaftler werden« (Wissenschaftsrat 2000: 29).
  - 18 Das zurzeit ehrgeizigste Projekt dieser Art stellt die 2001 gegründete *International University Bremen* dar, die vom Bund mit 40 Millionen Euro und vom Bremer Senat mit 115 Millionen Euro eine Anschubfinanzierung erhielt (Harmsen 2004).
  - 19 Vgl. DAAD-Pressemitteilung, 17.7.2003, in: [http://www.hi-potentials.de/downloads/pressemitteilungen/Pressemitteilung\\_2003-07-17.pdf](http://www.hi-potentials.de/downloads/pressemitteilungen/Pressemitteilung_2003-07-17.pdf); 27.8.2004.

dem Wissenschaftler und Studierende ohne Probleme (z. B. hinsichtlich der Anerkennung von Studienleistungen und Hochschulabschlüssen) zwischen den Hochschulen verschiedener Länder wechseln können. Notwendig für die Verwirklichung dieses europäischen Hochschulraums wird unter anderem die einheitliche Einführung eines dreigliedrigen Studiums, bestehend aus Bachelor-, Master- und Doktoratstudienphasen, und eines den Transfer von Leistungsnachweisen zwischen Hochschulen erleichternden Leistungspunktesystems sein (Sieber 2002: 5).

Der rasche Anstieg der ausländischen Studierendenzahlen in den letzten Jahren scheint daher auf den ersten Blick durch den Bologna-Prozess und das deutsche Hochschulmarketing erklärbar zu sein. Dieser Befund ist allerdings insofern einzuschränken, als die Mehrzahl der in den letzten Jahren nach Deutschland gekommenen Studierenden aus Entwicklungsländern stammt, in denen die Zahl der Studierwilligen ohnehin stark anwächst. So schätzt der DAAD, dass sich der Ansturm auf deutsche Universitäten aus Asien, Afrika und Lateinamerika in den nächsten zwanzig Jahren vervierfachen wird (Heinemann 2003).

Eine kritischere Betrachtung dieses Trends wirft die grundsätzliche Frage auf, inwiefern der anhand vieler Statistiken skizzierte Internationalisierungsprozess des deutschen Hochschulwesens als reine Erfolgsgeschichte interpretiert werden darf. Zwar können wir an dieser Stelle keine genauere Analyse hierzu anbieten, doch darf der Hinweis nicht fehlen, dass die oben angeführten Zahlen zunächst als Indikatoren einer quantitativen Internationalisierung zu verstehen sind. Ob sie auch aussagekräftig hinsichtlich eines kontinuierlichen relativen Qualitätsanstiegs deutscher Hochschulen im internationalen Vergleich sind, bedarf erst noch eingehender Prüfung. Gleches gilt freilich auch für die gegenteilige Interpretation, wonach der Exodus deutscher Studierender an angelsächsische Universitäten einerseits und der gleichzeitig – zweifellos auch aufgrund der niedrigen Studienkosten – erfolgende Zuwachs von Studierenden aus Entwicklungsländern andererseits alleiniger Ausdruck der Mittelmäßigkeit der hiesigen Hochschulen seien (Heinemann 2003).

Ganz gleich aber, wie diese Entwicklung zu erklären oder zu interpretieren ist: Sie stellt die deutschen Hochschulen in ihren Internationalisierungsbemühungen vor neue Herausforderungen. Zum einen muss die Politik die Rahmenbedingungen soweit verbessern, dass Studierende aus dem Ausland in Deutschland eine bessere Betreuung erhalten – um die immer noch hohen Abbrecherquoten zu verringern – und das Land nach Abschluss ihrer akademischen Ausbildung nicht sogleich wieder verlassen müssen. Dieser Betreuungsbedarf wird uns in unserer eigenen Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Tübingen klar vor Augen geführt, da wir – z. T. selbst in Seminaren des Hauptstudiums – unseren Studierenden eine Seminargröße von 30-40 Teilnehmern zumuten müssen, mithin von einer dem einzelnen Studierenden gerecht werdenden fachlichen Betreuung keine Rede sein kann. Dieses Betreuungsdefizit hat sich zudem darin offenbart, dass eine große Zahl von ERASMUS-Studierenden an Vorlesungsklausuren scheitern, wenn ihnen kein eigenes Tutorium angeboten werden kann.

Zum anderen ist es neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen – angesichts der zu begrüßenden deutlichen Zunahme ausländischer Studierender – genauso

unerlässlich, eine gezieltere Auswahl unter den Bewerbern zu treffen, insbesondere im Hinblick auf die neuen international orientierten Studiengänge und deren begrenzte Teilnehmerzahl.<sup>20</sup> Dieser Auswahlprozess muss freilich eine Balance wahren zwischen den Anforderungen eines anspruchsvollen Lehrangebots und der Zugangsoffenheit gegenüber ausländischen Bewerbern, denn nur beides garantiert auf lange Sicht die Attraktivität unserer Hochschulen. Um es in den Worten des Staatssekretärs des baden-württembergischen Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Michael Sieber, zu sagen: »Im Wettbewerb um die besten Köpfe muss es gelingen, die eigenen Talente in Europa zu halten und unsere Hochschulen für akademische Hoffnungsträger aus anderen Ländern attraktiv zu halten oder zu machen« (Sieber 2002: 7).

### 3.2. Die Internationalisierung im Bereich der Sozial- und Politikwissenschaften

Nachdem wir bisher auf den Austausch von Studierenden und Dozenten eingegangen sind, soll im Folgenden der Akzent auf den dritten Aspekt der Internationalisierung der Lehre gelegt werden, die Internationalisierung der Studiengänge. Hierzu wollen wir uns unserer eigenen Fächergruppe, den Sozialwissenschaften, insbesondere der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen zuwenden.

Wie eingangs angedeutet ist unter der Internationalisierung von Studiengängen zunächst zweierlei zu verstehen: Einerseits zählt hierzu die *formelle Internationalisierung*, etwa durch die einheitliche Einführung eines dreigliedrigen Studiums, wie es im Bologna-Prozess angelegt ist. Andererseits gehört hierzu aber auch die *substanzielle Internationalisierung*, d. h. die Zunahme internationaler Themenstellungen in der Lehre, was sich im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften gut nachweisen lässt. Denn die wachsende internationale Verflechtung – deren Teilaspekt, die kulturelle Verflechtung, sich unter anderem in der formellen Internationalisierung der Lehre niederschlägt – ist für die Geistes- und Sozialwissenschaften zugleich auch Forschungsgegenstand. Daher sind die Geistes- und Sozialwissenschaften »der Bereich der Wissenschaft, in dem diese neuen kulturellen Herausforderungen verarbeitet werden können und müssen« (Wissenschaftsrat 2000: 32, Hervorh. dort).

Im Zuge ihrer zunehmenden globalen Verflechtung und der Herausbildung vielfältiger Interdependenzen einschließlich wechselseitiger Verwundbarkeiten ist diese globalisierte, tendenziell denationalisierte Welt mehr und mehr zum Gegenstand der Politikwissenschaft geworden, was sich nicht zuletzt in der Entwicklung der Lehre von den internationalen Beziehungen im letzten Jahrhundert niedergeschlagen hat. Zwar lässt sich die wissenschaftliche Beschäftigung mit internationalen Beziehungen bis ins 5. Jahrhundert v. Chr. zu Thukydides und seiner scharfsinnigen Analyse des Peloponnesischen Krieges zurück verfolgen, doch die Anfänge des akademischen Faches Internationale Beziehungen sind auf das Ende des Ersten

20 Vgl. DAAD-Pressemitteilung, 30.10.2003, in: [http://www.daad.de/presse/de/2003/8.1.1.\\_5203.html](http://www.daad.de/presse/de/2003/8.1.1._5203.html); 27.8.2004.

Weltkriegs zu datieren. Auf der Pariser Friedenskonferenz verabredeten die US-amerikanische und die britische Delegation Ende Mai 1919 – als Konsequenz aus dem 14-Punkte-Plan des US-Präsidenten Woodrow Wilson – die Gründung von je einem Institut zur Erforschung der Ursachen von Krieg und Frieden.<sup>21</sup> In Deutschland standen am Anfang des Faches nach 1918 – allerdings außerhalb des etablierten Universitätsbetriebs – die Gründung der Staatsbürgerschule in Berlin, die 1920 in Deutsche Hochschule für Politik umbenannt wurde, und 1923 die Einrichtung des Hamburger Instituts für Auswärtige Politik (Menzel 1999: 21f).

Freilich kam es in Deutschland erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer ersten Gründungswelle politikwissenschaftlicher Lehrstühle im Zuge der alliierten Entnazifizierungs- und Demokratisierungspolitik; denn Politikwissenschaft wurde von den westlichen Alliierten auch als breit angelegte Demokratiewissenschaft verstanden. Zwar empfahl der Wissenschaftsrat schon sehr frühzeitig, jeweils eine der an jedem Standort einzurichtenden vier Professuren im Fach Politikwissenschaft der Lehre von den internationalen Beziehungen zu widmen. Dieses Ziel wurde aber nicht an allen Universitäten, an denen das Fach eingerichtet wurde, sogleich erreicht. Es dauerte bis zum Beginn der 1970er-Jahre, ehe es im Zuge einer zweiten Gründungswelle und befördert durch die Entspannungspolitik im Ost-West-Verhältnis einerseits und dem sich zuspitzenden Nord-Süd-Konflikt andererseits zur Etablierung von weiteren Instituten und Lehrstühlen für Internationale Beziehungen ebenso wie für Friedens- und Konfliktforschung kam (Menzel 1999: 24).<sup>22</sup>

Diese im internationalen Vergleich späte Verankerung der Internationalen Beziehungen in den deutschen Universitäten mag mit ausschlaggebend gewesen sein für drei tief greifende Defizite, die Volker Rittberger und Hartwig Hummel noch 1990 in einer Bestandsaufnahme beklagten. Zum Ersten monierten sie die unzureichende Theorieorientierung des Faches und zum Zweiten das überwiegend passiv-rezipierende Verhältnis zu den *International Relations*, dem anglo-amerikanischen Pendant. So hatte sich die Disziplin im deutschsprachigen Raum bis zu jenem Zeitpunkt »darau beschränkt, vor allem US-amerikanische Forschungsansätze zu rezipieren, möglicherweise zu modifizieren und empirisch anzuwenden oder sich mit der politikanalytischen Deskription mehr oder weniger wichtiger Gegenwartsfragen zufrieden zu geben« (Rittberger/Hummel 1990: 34). Und zum Dritten sahen sich die Internationalen Beziehungen mit einer unzureichenden Förderung der Grundlagenforschung konfrontiert.

- 
- 21 So kam es im Jahre 1920 zur Einrichtung des *American Institute of International Affairs* (aus dem 1922 der *Council on Foreign Relations* mit Sitz in New York hervorging) und des *Royal Institute of International Affairs* (Chatham House, London). Der weltweit erste Lehrstuhl für Internationale Beziehungen wurde bereits 1919 an der Universität von Wales in Aberystwyth als Stiftungsprofessur eingerichtet. Es folgte die Gründung von Zeitschriften und Schriftenreihen wie z. B. *Foreign Affairs* und *International Affairs* (Menzel 1999: 21f).
- 22 Zu diesen Instituten zählten insbesondere die 1970 in Frankfurt a. M. gegründete Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie das 1971 errichtete Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Seit dieser Bewertung des Entwicklungsstandes des Faches ist es freilich zu beachtlichen Verbesserungen bei allen drei genannten Aspekten gekommen. So attestiert Michael Zürn (2003: 23-25) der Teildisziplin in seiner jüngsten Bestandsaufnahme einen deutlichen Zuwachs theorieorientierter Beiträge, eine Verbesserung der internationalen »Markt«-Position der deutschsprachigen Internationalen Beziehungen – unter anderem ablesbar am deutlichen Anstieg von Beiträgen aus dem deutschsprachigen Raum in US-amerikanischen *high quality journals* – sowie einen Reputationsgewinn innerhalb der Sozialwissenschaften in Deutschland. Die Lehre von den internationalen Beziehungen schließt sich damit dem Aufwärtstrend der gesamten deutschen Politikwissenschaft an. So stellt Thomas Plümper, der in seiner Studie ebenfalls die Sichtbarkeit in den bedeutsamsten internationalen Fachjournals als Evaluationskriterium anlegt, fest, dass Deutschland »im Hinblick auf die absolute Anzahl an Publikationen in politikwissenschaftlichen Journals einen europäischen Spaltenplatz« (Plümper 2003: 535) einnimmt. Freilich wird dieser Spaltenplatz nur dann besetzt, »wenn man die bevorzugten englischsprachigen Länder weglässt« (Plümper 2003: 534) und wenn man die Bevölkerungszahl als relativierenden Maßstab nicht berücksichtigt.<sup>23</sup> Trotz dieser deutlichen Einschränkung bleibt aber auch für die deutsche Politikwissenschaft im Allgemeinen ein positiver Trend festzuhalten. Denn die Anzahl der Veröffentlichungen der Mitarbeiter politikwissenschaftlicher Einrichtungen hierzulande hat über Zeit kontinuierlich zugenommen – in den von Plümper (2003) ausgewerteten 92 Fachjournals von zehn bis fünfzehn Artikeln zu Beginn der 1990er-Jahre zu rund 40 Publikationen im Jahre 2002.

Diese positiven Entwicklungen gingen für die deutschen Internationalen Beziehungen einher mit einer weiteren institutionellen Aufwertung, z. B. durch die erfolgreiche Gründung einer eigenen Fachzeitschrift *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1994 oder durch die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung im Oktober 2000, die sich vorrangig der Forschungsprojekt- und der Nachwuchsförderung widmet. Darüber hinaus gilt es hervorzuheben, dass es in jüngster Zeit – nicht zuletzt im Zuge des Bologna-Prozesses – zur Einrichtung zahlreicher politikwissenschaftlicher *Bachelor of Arts* (BA)- und *Master of Arts* (MA)-Studiengänge gekommen ist. So zählte die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) im Mai 2004 insgesamt 35 BA- und 48 MA-Studiengänge, die entweder in Planung oder bereits angelaufen sind. Neun dieser MA-Studiengänge (an den Standorten Berlin, Bremen [2x], Dresden, Eichstätt, Freiburg, Magdeburg, Marburg und Tübingen) sind vorrangig der Teildisziplin der Internationalen Beziehungen zuzurechnen zuzüglich des in Dresden angebotenen BA »Internationale Beziehungen«

23 Außerdem ist der deutsche Anteil an Publikationen in internationalen politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften niedriger als die deutschen Quoten in wirtschafts- oder naturwissenschaftlichen Journals. »Während beispielsweise die deutsche Beteiligung am weltweiten Publikationsoutput in der Volkswirtschaftslehre mit etwa zwei Prozent für den Wissenschaftsrat bereits kritikwürdig gering ausfiel, liegt der deutsche Publikationsanteil in den politikwissenschaftlichen Journals mit 1,27 Prozent deutlich darunter. Dieser Anteil sinkt sogar auf lediglich 0,67 Prozent, wenn man nur die Publikationen der Politikwissenschaftler beachtet« (Plümper 2003: 536).

und des MA in »Transatlantic Studies« der Berliner Humboldt-Universität.<sup>24</sup> Hinzu kommen die in der Zählung der DVPW noch nicht berücksichtigten Masterstudienfächer in Hamburg, Hagen (in Planung) und Frankfurt (in Planung).<sup>25</sup> Schließlich öffnete im April 2004 unter der akademischen Federführung von Michael Zürn die *Hertie School of Governance* in Berlin ihre Pforten, welche beispielhaft für einen neuen Trend der Internationalisierung der Lehre steht. Die *Hertie School* wird eine staatlich anerkannte Hochschule in privater Trägerschaft sein, eine europäische *Professional School of Public Policy*, die ab Herbst 2005 Nachwuchskräfte in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus- und weiterbilden wird.

Neben dieser institutionellen Aufwertung suchte die Lehre von den internationalen Beziehungen der Veränderung ihres Gegenstandes seit dem Ende des Kalten Krieges gerecht zu werden, indem sie eine thematische Erweiterung, vollzog, in deren Zuge auch größeres Augenmerk auf Fragen der *Global Governance* und *Good Governance*, des Weltregierens und der guten Regierungsführung, gelegt wurde (Zürn 2003: 25f). In diesem Rahmen ist es in den letzten Jahren zu einer weiteren Intensivierung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit internationalen Institutionen im Allgemeinen und internationalen Organisationen wie dem Verband der Vereinten Nationen im Besonderen gekommen. Hierbei wird unter anderem auch der wachsende Einfluss zivilgesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Akteure auf solche Organisationen verstärkt in den Blickwinkel gerückt. Dies spiegelt den in den letzten Jahren in der deutschen IB-Forschung beobachtbaren allgemeinen Trend zur Publikation von Studien wider, die sich mit transnationalen Akteuren beschäftigen. Im Gegensatz zur Forschung der späten 1980er-Jahre wird »die damals dominierende regierungszentrische Heuristik heute häufig in Frage gestellt und nach konzeptionellen Alternativen gesucht« (Nölke 2003: 519). Mit ihrer stetigen Weiterentwicklung spiegelt die Teildisziplin Internationale Beziehungen somit selbst die Internationalisierung sowohl der Lehre als auch ihres Forschungsgegenstands wider.

#### *4. Aus der Internationalisierung erwachsende Anforderungen an die Lehre*

Als Zwischenfazit des bisherigen Abrisses der zunehmenden Internationalisierung der Lehre an deutschen Universitäten lässt sich festhalten, dass sowohl die substanzielle als auch die formelle Internationalisierung des Lehrangebots – gerade auch in der Politikwissenschaft – aus unterschiedlichen Gründen einen notwendigen und weiter zu intensivierenden Prozess bilden. Dies gilt einerseits aus dem mehrfach genannten Grund, den Wissenschaftsstandort Deutschland international konkurrenzfähig zu halten und dessen Wettbewerbsposition auf dem globalen »Markt« weiter zu verbessern. Andererseits – und dies ist unser eigentlicher Auftrag – müssen bei diesen Überlegungen, die auch die aktuelle Diskussion über »Spitzenhochschulen [...], die auch

---

24 Vgl. <http://www.dvpw.de/dummy/fileadmin/docs/Studiengange.pdf>; 27.8.2004.

25 Vgl. Brühl (2004). Damit wären maximal sechs Master-Programme dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zuzurechnen (Frankfurt, Hagen, Hamburg, Magdeburg, Marburg und Tübingen).

weltweit in der ersten Liga mitspielen [...] können» (SPD-Parteivorstand 2004: 5) prägen, (mehr noch als die Chancen unserer *Standorte* auf dem internationalen Bildungsmarkt) die Chancen unserer *Studierenden* auf dem internationalen Arbeitsmarkt im Mittelpunkt stehen. Anders formuliert: Es muss darum gehen, unsere Studierenden adäquat für anspruchsvolle berufliche Tätigkeiten in einer globalisierten Welt auszubilden, z. B. für internationale Dienste unterschiedlicher Art in öffentlicher oder privater Trägerschaft. Diesem Bildungsdesiderat muss in einer Zeit wie der heutigen, in welcher der Welthorizont zur maßgeblichen Bezugsgröße unseres sozialen Handelns geworden ist, Rechnung getragen werden.

#### 4.1. Anforderungen an die politikwissenschaftliche Lehre in Deutschland

Die Politikwissenschaft und in besonderer Weise – sozusagen als ein Produkt dieser Internationalisierungsentwicklung – die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen müssen versuchen, mit den ihnen zur Verfügung stehenden materiellen und personellen Ressourcen den Anforderungen einer formellen und substanzialen Internationalisierung gerecht zu werden. Wir möchten unsere folgenden Ausführungen über den Auftrag als Lehrende insbesondere dahin gehend konkretisieren, dass wir uns um die erfolgreiche Anwerbung international diversifizierter Studierender und in der Folge auch um die Betreuung dieser Studierenden sowohl in fachlicher als auch in berufsorientierender Hinsicht kümmern müssen.

Um diesen Auftrag zu erfüllen, muss das hierzulande angebotene Studium der Internationalen Beziehungen drei Bedingungen erfüllen: Es muss zügig sein, zielgerichtet sein und die Mobilität der Studierenden fördern. Insbesondere die an vielen politikwissenschaftlichen Instituten in Deutschland erfolgte oder demnächst erfolgende Studiengangsreform mit der Einführung von BA-/MA-Studiengängen scheint hierfür der richtige Weg zu sein, sofern gewisse Bedingungen bei der Gestaltung dieser Programme erfüllt werden. Diese Studiengänge werden sich als zügig und zielgerichtet erweisen, insofern sie den Studierenden – durch geeignete Schwerpunkt-Module und Zeittafeln, aber auch durch ausreichende studienbegleitende Beratung – eine klare und verbindliche inhaltliche und zeitliche Strukturierung vorgeben, auf deren Grundlage nach bereits sechs Semestern mit dem Bachelor-Grad in Politikwissenschaft (zuzüglich eines frei wählbaren Pflichtnebenfachs) ein, wenn nicht berufsqualifizierender, so doch berufsfeldorientierender Abschluss erzielt werden kann, und insofern mit den Masterstudiengängen inhaltliche Schwerpunktsetzungen erfolgen können, die die Studierenden gezielt auf eine spätere berufliche Laufbahn als wissenschaftlich hoch qualifizierte Fachkraft vorbereiten. Schließlich kann diese Studiengangsstruktur auch die wünschenswerte und notwendige Mobilität gewährleisten: Für deutsche Studierende wird der Studienortwechsel ins Ausland aufgrund der wachsenden Kompatibilität der Studienabschlüsse und Bewertungen von Studienleistungen – Stichwort: *Credit Point System* – wesentlich vereinfacht;<sup>26</sup>

26 Aufgrund von bisher oft mangelnder Kompatibilität wurde von ausländischen Universitäten zumeist nur ein Bruchteil der in Deutschland erbrachten Studienleistungen anerkannt und deutsche Studierende somit zurückgestuft.

für ausländische Studierende wächst der Anreiz, einen in der eigenen Heimat anerkannten Studienabschluss in Deutschland zu erwerben. Auf die Anwerbung ausländischer Studierender negativ wirkt sich freilich der oft im Juni oder Juli eines Jahres liegende und damit international nicht konkurrenzfähige Bewerbungsschluss deutscher BA-/MA-Programme aus. Wollen die deutschen Universitäten für ausländische Bachelor- oder Master-Studierende wirklich eine ernsthafte Alternative darstellen, dann müssen neben den Studiengängen auch die Bewerbungsfristen international angeglichen, d. h. auf das Frühjahr vorverlegt werden.

Neben den genannten drei Kriterien ist es ebenso wichtig, dass die Studierenden sowohl im fachlichen als auch im berufspraktischen oder berufsorientierenden Sinne angemessen betreut werden. Hinsichtlich der berufsorientierenden Betreuung haben die deutschen Universitäten einen nicht zu unterschätzenden Reform- und Nachholbedarf. Wollen wir die wissenschaftliche Lehre von der Politik ebenenübergreifend, d. h. von der Kommune bis zum internationalen System, mit studienbegleitender Berufsqualifikation im Interesse der Studierenden zusammenführen, bedarf es einer verbesserten Koordination von Lehre und berufsorientierender Betreuung. Zurzeit erfolgt diese Betreuung häufig gemäß dem Steuerungsmodell der horizontalen Selbstkoordination auf beklagenswert niedrigem Niveau. Von einer transparenten, pro-aktiven Praktikumsvermittlung und Praktikumsnachbetreuung für die Studierenden kann in vielen Fällen nicht gesprochen werden, da sie – wenn sie denn über das Institut erfolgt – vornehmlich im Rahmen der Sprechstunden der einzelnen Lehrenden geschieht. Ziel muss daher eine deutliche Aufwertung der Beratungskapazitäten auf Institutsebene sein. Denn die Aufgabe der berufsorientierenden Beratung kann am effektivsten subsidiär erfüllt werden, da jedes Studienfach eigene Beratungsprofile erfordert. Wünschenswert wäre daher, die Position und vor allem Zahl der Akademischen Räte abhängig von der Zahl der Hauptfachstudierenden in jedem Fach derart zu stärken, dass wenigstens ein Akademischer Rat als fachlich eingebundener und informierter Dienstleister den Studierenden eine angemessene »Beratung nach außen« – also für Beruf und Praktikum – bieten kann, ohne dass hierdurch die Qualität der »Beratung nach innen« – also für das Studium selbst – beeinträchtigt wird. An dieser Stelle besteht mithin im Interesse der Integration von wissenschaftlicher Grundausbildung und berufspraktischer Orientierung erheblicher Reformbedarf, dem – wie so oft – nur mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel entsprochen werden kann.

Auch die effektive fachliche und berufspraktische Betreuung unserer Studierenden, zumal der ausländischen, ist aufgrund unzureichender materieller und personeller Ressourcen nicht gewährleistet. Die rechnerische Betreuungsrelation an deutschen politikwissenschaftlichen Instituten verbietet zumeist eine auf die Bedürfnisse des individuellen Studierenden zugeschnittene fachliche Betreuung im Rahmen von Seminaren und Sprechstunden. Eigene Lehrerfahrungen vor allem im anglo-amerikanischen Ausland offenbaren hingegen regelmäßig die Vorzüge kleinerer Seminare und intensiverer Kontakte zwischen Dozenten und Studierenden. Dass freilich selbst mit der oft unzureichenden personellen Ausstattung hierzulande innovative, Theorie und Praxis verbindende Lehrangebote in unserer Disziplin möglich sind, wollen wir

im Folgenden beispielhaft anhand unserer Erfahrungen an der Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung des Tübinger Instituts für Politikwissenschaft belegen.

#### *4.2. Eigene Erfahrungen hinsichtlich der Anforderungen einer substanzialen Internationalisierung*

Gerade im Hinblick auf die Nutzbarmachung unserer Erfahrungen für andere Institute, die wir im Sinne des bundesweiten Lehrangebots der Internationalen Beziehungen ausdrücklich begrüßen würden, muss dieser Darstellung ein einschränkender Hinweis vorausgehen, der an die oben zur Sprache gebrachte Ressourcenknappheit anschließt: Es sind erwartungsgemäß gerade solche Veranstaltungen, in denen empirisch-analytisch ausgerichtete Forschung einerseits und praxisnahe Bearbeitung internationaler Problemstellungen andererseits ausgewogen kombiniert werden, die einen Großteil der personellen Ressourcen unserer Abteilung binden. So stehen uns etwa für das weiter unten ausführlich beschriebene Seminar »The United Nations System – Politics and Policies« mit begleitendem Workshop und anschließender Exkursion nach New York in jedem Wintersemester vier Betreuer (zwei hauptamtlich Lehrende und zwei stundenweise bezahlte studentische Hilfskräfte) für 25 bis 30 Studierende zur Verfügung, was (umgerechnet) einer Betreuungsrelation von ungefähr eins zu zehn entspricht – eine Relation, die sich für das Lehrangebot unseres Instituts (und der meisten anderen politikwissenschaftlichen Institute in Deutschland) insgesamt nicht reproduzieren lässt, von der notwendigen Einwerbung von Drittmitteln von externen Gebern in Höhe von bis zu 15.000 Euro pro Jahr allein für diese Lehrveranstaltung ganz zu schweigen.

Dennoch: Auch wenn, wie dargestellt, der Theorie-Praxis-Nexus als Bestandteil formeller Internationalisierung bei weitem nicht ausreichend institutionalisiert worden ist, möchten wir im Folgenden zeigen, dass – freilich mittels der Bindung beträchtlicher personeller Ressourcen und der ausreichenden Einwerbung von Drittmitteln – zumindest für einen Teil des Lehrangebots sinnvolle Anstrengungen auf dem Gebiet der substanzialen Internationalisierung unternommen werden können, von denen die Studierenden zweifellos profitieren. Beispieldhaft genannt zu werden verdient zum einen das von unserem Kollegen Thomas Nielebock angebotene Seminar über Europäische Sicherheitsinstitutionen, welches das intensive Studium prominenter Institutionen wie EU, NATO und OSZE mit einer zweiwöchigen Exkursion an die Hauptsitze dieser Organisationen von Wien bis Brüssel kombiniert und im Zuge dieser Besuche vor Ort in einen intellektuell fruchtbaren wie berufsperspektivisch Gewinn bringenden praxisorientierten Dialog zwischen Praktikern und Studierenden mündet. Die Liste der Studierenden, die diese Gelegenheit zur Kontaktaufnahme zwecks studienbegleitender Praktika oder Netzwerkaufbau nutzen, wächst stetig. Und ganz offensichtlich honorieren die Studierenden derart zeit-, arbeits- und kostenintensive Lehrveranstaltungen durch ein im regulären Studienbetrieb nicht immer anzutreffendes außergewöhnliches Engagement.

Das Hauptaugenmerk soll an dieser Stelle aber auf einer Lehrveranstaltung liegen, der wir unter anderem die Zuerkennung des baden-württembergischen Landeslehr-

preises 2003 verdanken, nämlich auf dem Seminar »The United Nations System – Politics and Policies«, das gleich in mehrfacher Hinsicht die zuvor beschriebenen Trends von Entgrenzung und Denationalisierung in der Welt von heute widerspiegelt: Erstens hat es eine internationale Themenstellung; zweitens findet es – ebenso wie der begleitende Workshop und die weiteren zugehörigen Veranstaltungen – in englischer Sprache statt (auch die Leistungsnachweise der Studierenden müssen in englischer Sprache erbracht werden); drittens bietet es den Studierenden die Möglichkeit, als Mitglieder einer Delegation der Universität Tübingen an einem Planspiel der Vereinten Nationen in New York teilzunehmen; und viertens weist die Veranstaltung in jedem Jahr einen sehr hohen Prozentsatz internationaler Studierender auf (z. B. 40% im Jahre 2003).

Mit der Durchführung dieses Seminars, des begleitenden Workshops sowie der anschließenden Exkursion zum Sitz der Vereinten Nationen hat sich die Universität Tübingen in den vergangenen acht Jahren auf das inzwischen gut bevölkerte Feld von Planspielen im Bereich der internationalen Politik begeben, das wir hier zunächst skizzieren wollen, bevor wir auf die Vorbereitung und Durchführung der eigentlichen Lehrveranstaltung eingehen. Die Ursprünge solcher Planspiele reichen in das Jahr 1922 zurück, als Vertreter des Völkerbundes das Abhalten eines jährlichen *Model League of Nations* anregten. Nach Gründung der Vereinten Nationen trat 1946 das *National Model United Nations* (NMUN) an seine Stelle (Wittke 2001). Bei dieser weltweit größten Simulation der Vereinten Nationen in New York nehmen jährlich rund 3000 Studierende aus Nord- und Lateinamerika, Asien und Europa teil. Jede der über 190 teilnehmenden Hochschulen vertritt mit ihrer Delegation entweder einen Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen, eine internationale Organisation mit Beobachterstatus oder eine Nichtregierungsorganisation mit Konsultativstatus bei den Vereinten Nationen. Die Delegationen sind – entsprechend der Realität – in unterschiedlichen Gremien der VN vertreten. Bei der NMUN-Konferenz werden jeweils zwischen 20 und 25 dieser Gremien simuliert. In jedes dieser Gremien werden maximal zwei Studierende jeder Delegation entsandt. Dazu zählen neben den »klassischen« VN-Gremien wie dem Sicherheitsrat, der Generalversammlung oder der Menschenrechtskommission auch die Welthandelsorganisation (WTO) oder regionale Organisationen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC). Die Aufgabe der Studierenden bzw. Delegierten besteht nun darin, in dem jeweiligen Gremium den Standpunkt ihres Landes so gut und realistisch wie möglich (*in character*) darzustellen. In Zusammenarbeit mit den Delegationen anderer Länder werden sinnvolle, diplomatische Lösungsvorschläge zu den vorgegebenen Themen der Tagesordnungen erarbeitet. Um in den Abstimmungen die »eigenen« Positionen durchzusetzen, müssen also andere Länder von diesen Ideen und Vorschlägen überzeugt werden.

Spätestens seit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich auch diese Form des praxisnahen Lernens mittels Planspielen internationalisiert. So existieren neben der NMUN-Konferenz mittlerweile in mehr als 35 Staaten weitere VN-Simulationen, allein in Deutschland sind es ungefähr zwei Dutzend, an denen weltweit jährlich

über 200.000 SchülerInnen und Studierende teilnehmen. Mit der wachsenden Bedeutung internationaler Organisationen für die konstruktive Bearbeitung von Interdependenzen und Konflikten zwischen Staaten, ihren Gesellschaften und Kulturen ging eine Reihe von Planspiel-Innovationen einher. Neben den die Arbeit des Internationalen Gerichtshofes (IGH) simulierenden *Moot Courts* sticht hierbei die Gründung eines jährlichen *Model WTO* in St. Gallen hervor. Das Hauptanliegen der Organisatoren all dieser Planspiele richtete sich von Anfang an – und unabhängig davon, ob die Arbeit internationaler Organisationen von einer Gruppe von Sechstklässlern in Des Moines, Iowa, oder von einer Gruppe junger Studierender in Sankt Petersburg, Russland, simuliert wird – auf die Förderung interkultureller Kompetenz durch wechselseitige Empathie und Toleranz sowie die Vermittlung von Konfliktbearbeitungsverfahren, welche sich an Maximen eines fairen Interessenausgleichs orientieren.

Für teilnehmende Studierende hat eine konferenzdiplomatische Praxiserfahrung, wie sie durch die genannten Planspiele vermittelt wird, also nachhaltige Vorteile. Neben der Möglichkeit, professionelle und private Kontakte zu knüpfen, erfahren sie die Vorzüge *experimentellen Lernens* – hier vor allem eine signifikante Steigerung ihrer kognitiven Aufnahme- und Verarbeitungsfähigkeit –, die Vorzüge *kooperativen Lernens* – hier vor allem die Stärkung von Motivation und Selbstbewusstsein durch Autonomie und Teamarbeit – und schließlich die Vorzüge *interkulturellen Lernens* – hier vor allem die Ausbildung von Fähigkeiten zu Empathie und verständigungsorientiertem Handeln.<sup>27</sup> Unter anderem auch aufgrund des wachsenden Engagements deutscher Institute hinsichtlich solcher Planspiele lässt sich für die Lehre von den internationalen Beziehungen hierzulande feststellen: War die deutsche Politikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in erster Linie Demokratiewissenschaft, so ist der die internationalen Themenstellungen der *Global Governance* und *Good Governance* bearbeitende Teil der Politikwissenschaft des 21. Jahrhunderts unter Einbeziehung ihrer Praxiselemente auch als globale Friedenswissenschaft zu begreifen.

Wie sieht nun die Lehrveranstaltung aus, in der wir unsere Studierenden unter anderem auf das *National Model United Nations*-Planspiel in New York vorbereiten? Das Seminar »The United Nations System – Politics and Policies« bildet das Kernelement dieser Vorbereitung. Durch die Teilnahme soll den Mitgliedern der Tübinger Delegation, aber auch den übrigen Studierenden, die einen Seminarschein im Hauptstudium erwerben wollen, wissenschaftlich reflektiertes Grundlagenwissen über Aufbau, Aufgaben und Arbeitsweise der VN vermittelt werden, wobei besondere Aufmerksamkeit der Effektivität des VN-Systems gilt. Zwecks Erfüllung dieser Zielsetzung ist das Seminar in drei Teile gegliedert. Ein fünf Sitzungen umfassender Einführungsteil bietet den Studierenden einen Überblick über Struktur und Entwicklung des VN-Systems und stellt die wichtigsten Theorien über internationale Organisationen – Realismus, neoliberaler Institutionalismus, Konstruktivismus und *Principal-Agent*-Ansätze – vor, die in den Fallanalysen der Studierenden zur Anwendung

27 Vgl. dazu und zu den folgenden Ausführungen McIntosh (2001); Turunc (2001).

kommen sollen. Dieser erste Teil des Seminars wird abgeschlossen durch die Betrachtung der VN-Politik von wichtigen Mitgliedsstaaten wie den USA, Deutschland und dem – jährlich wechselnden, von den Veranstaltern zugewiesenen – Land, das die Studierenden während des Planspiels in New York vertreten werden. In einem zweiten Teil werden dann Rolle und Wirksamkeit des VN-Systems in verschiedenen Politikfeldern wie beispielsweise der Sicherheits-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltpolitik theoriegeleitet analysiert. Dabei wird erneut besonderes Augenmerk auf die jeweilige Politik des von unserer Delegation zu vertretenden VN-Mitgliedsstaates gelegt. Auf diese Weise können die Ergebnisse unserer Seminardiskussion zugleich für die Vorbereitung der Studierenden auf ihre Arbeit in den verschiedenen Gremien der NMUN-Konferenz genutzt werden, in denen ebenfalls verschiedene Politikfelder behandelt werden. In den vier abschließenden Sitzungen, die den dritten Teil des Seminars bilden, wird der Wandel des VN-Systems im Zuge der Globalisierung behandelt. Zum einen konzentrieren wir uns dabei auf den wachsenden Einfluss nicht-staatlicher – konkret: zivilgesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher – Akteure; zum anderen werden die Reformbemühungen der VN im Allgemeinen, insbesondere hinsichtlich ihrer demokratischen und legitimatorischen Aufwertung, sowie des Sicherheitsrates und der internationalen Finanzinstitutionen im Besonderen analysiert. Auch in diesem Teil kommen die vorgestellten Theorien über internationale Organisationen zur Anwendung. Da das Seminar vollständig in englischer Sprache gehalten wird, werden den Studierenden somit von Beginn an wesentliche Termini sowohl unserer wissenschaftlichen Teildisziplin als auch der VN-Politik in dieser – in beiden Bereichen dominierenden – Sprache vermittelt.

Neben diesem Seminar wird ein für alle Teilnehmer des Planspiels verpflichtender Workshop angeboten, der von zwei simulationserprobten Hilfskräften geleitet wird. In diesem im zweiwöchigen Rhythmus stattfindenden Workshop werden die Studierenden intensiv auf ihre Aufgaben während der Konferenz vorbereitet. Hierzu gehört zunächst ein englisches Sprachtraining, in dessen Verlauf der in den VN-Organen gängige Diplomatenjargon mittels Verhandlungs- und Rhetorikübungen einstudiert wird. Außerdem gehört zu den Zielen des Workshops die Einübung der VN-Geschäftsordnungen, der Abstimmungsverfahren sowie bestimmter konferenzdiplomatischer Verhaltens-Kodizes. Weitere Inhalte sind das Verfassen von Resolutionen, die Erarbeitung der Positionen des von der Tübinger Delegation zu vertretenden VN-Mitgliedsstaates sowie das darauf basierende Verfassen von Positionspapieren zu den unterschiedlichen Themen in den Gremien.

Um die im Workshop erlernten diplomatischen Verfahrensregeln einzutüben, spielen die Studierenden unter der Leitung der beiden Hilfskräfte insgesamt fünf Mal im Laufe des Wintersemesters eine Sitzung der VN-Generalversammlung in internen ganztägigen Probe-Simulationen nach. Außerdem entsenden wir unsere Studierenden in andere deutsche Städte zu inter-universitären Vorbereitungssimulationen. Den Höhepunkt dieser Vorbereitungen bildet das eigene *Tübingen Model United Nations*, das über die Jahre großen Zuspruch von regelmäßig teilnehmenden externen NMUN-Delegationen aus Süddeutschland und der Schweiz erfahren hat.

Im Anschluss an das Seminar und den Workshop veranstalten wir zudem ein Wochenendseminar im Heinrich-Fabri-Institut der Universität Tübingen in Blaubeuren. Dort wird der Schwerpunkt noch stärker auf die VN-Politik »unseres« Mitgliedsstaates gelegt, unter anderem durch Gastvorträge von zu diesem Zweck eingeladenen VN- und Länderexperten. Schließlich organisieren wir für unsere Studierenden Exkursionen nach Berlin zum Auswärtigen Amt und zur Botschaft des jeweils von der Tübinger Delegation vertretenen Landes, um dort mit weiteren Experten Informationsgespräche zu führen.

Im Zuge der ausführlichen Beschreibung dieser Lehrveranstaltung ist deutlich geworden, dass diese allein aufgrund der an unserer Abteilung verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen nicht durchführbar wäre. Ein wesentlicher Baustein für die Realisierbarkeit dieses Lehrangebots ist daher die Eigeninitiative der Studierenden. Sie werden derart in das Projekt mit einbezogen, dass sie lernen, sowohl inhaltliche als auch organisatorische Problemstellungen im Team zu lösen. Dazu gehört auch, dass Fakten und Positionen untereinander abgestimmt werden, um eine konsequente und einheitliche Arbeit in den Gremien in New York zu gewährleisten. Auch wesentliche organisatorische Aufgaben werden von den Teilnehmern in insgesamt vier Teams übernommen. So sind zwei Teams für einen Teil der Projekt-Finanzierung zuständig: Eine Gruppe sucht nach lokalen Sponsoren, während eine andere eine Studentenparty organisiert. Beide Aktivitäten sollen den Studierenden dazu dienen, die Reise nach New York teilzufinanzieren. Zwar können Teilnahmegebühr und Unterkunft durch die von uns eingeworbenen Zuschüsse mehrerer Großsponsoren ganz abgegolten werden, für einen Teil der Flugkosten und Verpflegung müssen die Studierenden aber selbst aufkommen. Ein drittes Team kümmert sich um die Medienarbeit, indem es Pressemeldungen verfasst und eine Pressekonferenz am Rande des *Tübingen Model United Nations* organisiert, um das Projekt landesweit bekannt zu machen. Ein viertes Team ist schließlich mit Verwaltungsarbeiten betraut, z. B. mit der Gestaltung einer Homepage sowie mit dem Entwurf von Visitenkarten für die Delegierten, mit der Bereitstellung von Laptops und Druckern für die Probe-Simulationen oder mit dem Anfertigen eines Abschlussberichts an die Organisatoren, Teilnehmer und Geldgeber.

Wie bereits Young et al. (2003: 185-188) am Ende der Darstellung ihrer arbeitsintensiven *Distance-Learning*-Seminare festgestellt haben, ist es auch unsere Erfahrung, dass die Studierenden – angesichts des hohen Nutzens, den sie aus der Teilnahme an einer solch aufwändigen Veranstaltung ziehen können – die weit über die normale Seminarzeit hinausgehende Mit- und Mehrarbeit gerne auf sich nehmen. In diesem Zusammenhang ist es freilich wichtig, die Teilnehmer von Beginn an – am Besten bereits während der Orientierungsveranstaltung – über den anstehenden Arbeitsaufwand so genau wie möglich zu informieren. Im Laufe der dann folgenden Monate hat die Eigeninitiative der Studierenden oft sogar eine Dynamik entfaltet, aufgrund derer wir unser Rahmenprogramm, z. B. durch zusätzliche Exkursionen, noch ausdehnen konnten. Folglich sind auch am jeweiligen Ende der Veranstaltung die Reaktionen der Tübinger Studierenden in den vergangenen acht Jahren durchweg sehr positiv gewesen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bezeichnen die

während der Vorbereitung und der Konferenz in New York gemachten Erfahrungen als überaus lohnend und teilen diese wiederum anderen Studierenden mit. Eine Konsequenz hieraus ist, dass das Seminar zum VN-System jedes Jahr eine der am stärksten besuchten Veranstaltungen im Hauptstudium an unserem Institut ist.

Es wäre also falsch zu glauben, dass sich die beschriebene multidimensionale Lernerfahrung bei den Studierenden erst während des Planspiels einstellen würde. Unsere Erfahrungen deuten vielmehr darauf hin, dass die teilnehmenden Studierenden über mehr als die Dauer eines Semesters hinweg einen überdurchschnittlich hohen Lernerfolg bei den inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen für die Teilnahme am *National Model United Nations* verbuchen können. Dabei spielt die Verbindung von Theorie und Praxis eine zentrale Rolle, denn das im Seminar vermittelte Wissen kann für die Konferenzvorbereitung in einem doppelten Sinne genutzt werden: Es dient den Studierenden nicht nur zur Erarbeitung des empirischen Rüstzeugs; vielmehr können sie durch die im Seminar gestellten theoretischen Anforderungen das erlernte Fachwissen in strukturierte Kausalbezüge übersetzen, die sie wiederum als Hintergrundwissen in der praktischen Verhandlungssituation des Planspiels nutzen können – mindestens im Sinne einer Einsicht in die Notwendigkeiten der Diplomatie. In anderen Worten: Gerade das Erlebnis der Diskrepanz zwischen strukturiertem Hintergrundwissen einerseits und diplomatischer Rhetorik andererseits bereitet die Studierenden realistisch auf eine mögliche spätere Aufgabe im diplomatischen Dienst oder in einer internationalen Organisation vor, bei der es unter anderem ebenfalls um das Umsetzen von fundiertem Wissen und eigenen Interessen in eine behutsame und Erfolg versprechende Verhandlungstaktik geht.

Dem beschriebenen, Respekt einflößenden Arbeitseinsatz der Studierenden steht ein nicht minder großes Engagement der Lehrenden gegenüber. Und wie bereits erwähnt führt uns ein derartig zeit-, arbeits- und auch kostenintensives Lehr- und Ausbildungsangebot an die Grenzen des derzeit Möglichen. Eingedenk dieser Tatsache darf die vorangegangene Darstellung unserer Veranstaltung nicht als handlungsanleitend in allen Details verstanden werden. Noch viel weniger darf sie als Plädoyer dafür interpretiert werden, dass solche Veranstaltungen das Lehrangebot an deutschen IB-Abteilungen dominieren sollten. Wir wollten zwar aufzeigen, inwiefern im Rahmen der momentan gesteckten Grenzen ein Seminar der Internationalen Beziehungen eine attraktive Kombination aus Theorie und Praxis bieten kann. Es versteht sich aber von selbst, dass eine solch aufwändige Veranstaltung in der Semesterplanung jedes Instituts eine Ausnahme bilden wird. Ebenso selbstverständlich stellen sich von Institut zu Institut andere personelle und finanzielle Bedingungen und stehen vor allem andere inhaltliche und didaktische Zielsetzungen im Vordergrund. Zweifelsohne sind also einige Elemente des von uns angebotenen Rahmenprogramms, z. B. Berlin-Exkursion und Wochenendseminar, als besonderer, gegebenenfalls entbehrlicher Aufwand zu betrachten, zu dem es sicher auch Alternativen gibt.

Zur Nutzbarmachung des beschriebenen Erfolgs an anderen Instituten seien aber noch einmal folgende Elemente genannt, auf die – sofern die Teilnahme an einem internationalen Planspiel vorgesehen ist – unseres Erachtens nicht verzichtet werden

sollte: erstens das Abhalten sämtlicher Veranstaltungen in englischer Sprache, allein schon zur Vermittlung wesentlicher Fachbegriffe aus Wissenschaft und VN-Politik; zweitens die Vorbereitung und Durchführung theoriegeleiteter Analysen im Rahmen des Seminars; drittens das Anbieten eines Workshops, der Kommunikations- und Rhetoriktraining beinhaltet, die Studierenden mit diplomatischen Regeln und Verhandlungspraktiken vertraut macht und – gemeinsam mit dem Seminar – in die Politik des zu vertretenden Landes einführt; viertens zumindest interne Probesimulationen zum Einüben des erlernten konferenzdiplomatischen Rüstzeugs; fünftens das von Beginn an klar umrissene Einfordern von studentischer Eigeninitiative und sechstens – soweit notwendig – das Einwerben von Drittmitteln.

## 5. Fazit: Notwendigkeit institutioneller Innovationen

Nachdem wir anhand unserer Lehrveranstaltung zum VN-System sehr ausführlich dargestellt haben, wie ein gelungenes Beispiel für substanzelle Internationalisierung im Rahmen des momentan Möglichen aussehen kann, wollen wir freilich nicht dahingehend missverstanden werden, dass wir uns mit den gegenwärtigen Handlungsspielräumen der deutschen Politikwissenschaft einverstanden erklären. Neben Innovationen des Lehrangebots muss es auch künftig darum gehen, Überlegungen anzustellen, inwiefern der bisher gegebene Rahmen im Zuge institutioneller Reformen erweitert werden kann. Die Bereitschaft hierfür scheint bei großen Teilen der wissenschaftspolitisch Verantwortlichen in Deutschland gegeben zu sein. So ist die Förderung und Verwirklichung formeller und substanzeller Internationalisierung der Lehre eine handlungsleitende Maxime, zu der sich diese Entscheidungsträger wiederholt bekannt und die sich die Universitäten in zunehmendem Maße zu eigen gemacht haben. Die historischen Makrotrends der Entgrenzung und Internationalisierung sozialer Handlungszusammenhänge schlagen sich nicht nur in der Art und Weise wirtschaftlicher Produktion und Distribution oder öffentlichen Regieren nieder. Beide Prozesse prägen in zunehmendem Maße die Ausbildungsinfrastruktur und Ausbildungsinhalte junger Menschen. Dies ist uneingeschränkt begrüßenswert. Doch existieren nach wie vor trotz oder auch gerade wegen mannigfacher Erfolg versprechender Reformanstrengungen erhebliche Kapazitätsslücken, die das doppelte Ziel eines international wettbewerbsfähigen Wissenschaftsstandorts Deutschland *und* einer wissenschaftlich gut fundierten und berufsorientierend ergänzten Ausbildung junger Menschen für Berufe auf internationalen Märkten oder in internationalem Diensten zurzeit schwer erreichbar erscheinen lassen.

Wir möchten daher nicht schließen, ohne kurz anzudeuten, wie aus unserer Sicht eine in die Zukunft weisende institutionelle Innovation aussehen könnte, die uns der Erreichung dieses doppelten Ziels deutlich näher brächte und die aus den an deutschen Standorten zur Verfügung stehenden Ressourcen optimalen Nutzen ziehen könnte: Wir möchten hiermit die Gründung von interdisziplinären Zentren für internationale und globale Studien an deutschen Universitäten anregen. Ein solches Zentrum könnte analog zum Institut für Weltgesellschaft der Universität Bielefeld und zum Zentrum für Globalisierung und *Governance* der Universität Hamburg oder zu

den *Schools of Public and International Affairs* der führenden amerikanischen Universitäten zwei Dinge produktiv erreichen:

*Erstens* wäre ein solches Zentrum in der Lage, die in einer Mehrzahl von geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern einer Universität stattfindende Forschung im Querschnittsbereich der Internationalen Beziehungen intensiver zu fördern und zu koordinieren. Die Universitäten würden damit nicht nur auf beständig vorgetragene einschlägige Anregungen prominenter wissenschaftsfördernder Institutionen wie der Fritz Thyssen Stiftung (2001: VII, 184f; 2002: VIII, 216f) reagieren, welche die interdisziplinäre Vernetzung der Forschungsaktivitäten in diesem Bereich mit dem Ziel des Aufbaus breiter wissenschaftlicher Kompetenz sowie der Steigerung von Dialogfähigkeit mit der politischen Praxis fördert und fordert. Sie würde sich darüber hinaus die unter anderem im Entwurf zu einem neuen Landeshochschulgesetz für Baden-Württemberg enthaltenen Leitlinien für die Gründung von Zentren interdisziplinärer Forschung<sup>28</sup> zu eigen machen und den Anregungen seitens der Politik Taten folgen lassen.

*Zweitens* erlaubte ein solches Zentrum für internationale und globale Studien, die Reformimpulse aufzunehmen, die sich der unter dem Stichwort »Bologna-Prozess« voranschreitenden Studiengangsreform verdanken, und in Richtung auf verstärkte Interdisziplinarität auch in der Lehre zu bündeln. So könnte beispielsweise der interdisziplinäre Ansatz des BA-Studiengangs Politikwissenschaft an einigen Universitäten institutionelle Unterstützung oder gar eine Ergänzung, z. B. durch die Einrichtung eines grundständig interdisziplinären BA-Studiengangs Internationale Beziehungen/Studien erfahren, wie er derzeit nur in Dresden angeboten wird. Gleiches gilt für das Angebot von Master-Studiengängen. Insgesamt ergäbe sich eine effektive interdisziplinäre Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und des hoch qualifizierten Fachkräftenachwuchses auf allen Ebenen: Vermittlung von Grundlagenwissen und -fertigkeiten sowie Berufsfeldorientierung im Bachelor-Studiengang, Vermittlung von Vertiefungswissen und Erwerb wissenschaftlich-methodischer Selbstständigkeit für eine wissenschaftliche oder wissenschaftsnahe Berufstätigkeit in den Master-Studiengängen, Heranbildung des hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses im Rahmen von eigens dafür eingerichteten Promotionskollegs.

## 6. Schluss

Wir begrüßen die schon erfolgte formelle und substantielle Internationalisierung der Lehre an deutschen Universitäten, halten jedoch eine großzügige Förderung ihrer raschen Weiterentwicklung für unverzichtbar.

Im Hinblick auf die *formelle Internationalisierung* dringen wir auf das zügige Voranbringen des Bologna-Prozesses zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es

---

28 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (2003: § 40, Abs. 5).

- der einheitlichen und vollständigen Einführung einer dreigliedrigen Studiengangsstruktur mit international kompatiblen Studienabschlüssen und Qualifikationsnachweisen;
- der europaweiten Vereinheitlichung von Bewerbungsfristen;
- der Schließung von Kapazitätslücken, um bessere fachliche Betreuungsangebote für ausländische Studierende in Deutschland sowie eine nachhaltige studienbegleitende berufsorientierende Betreuung für alle in Deutschland Studierenden schaffen zu können.

Im Hinblick auf die *substanzelle Internationalisierung* verweisen wir auf das Diktum des Wissenschaftsrates, wonach die Geistes- und Sozialwissenschaften als *der* Bereich der Wissenschaft betrachtet werden müssen, in dem die Ursachen und manigfachen Auswirkungen von Internationalisierungsprozessen intellektuell und praxeologisch verarbeitet werden. Die intensive Selbstreflexion von Fachvertreterinnen und -vertretern dieser Fächer in den letzten Jahren hat bewiesen, dass wir niemals zuvor besser gerüstet waren, um diese für unsere Gesellschaft wichtige Aufgabe intellektuell zu meistern. Was uns fehlt, sind institutionelle Innovationen wie interdisziplinäre Zentren für internationale und globale Studien, die diese intellektuellen Kapazitäten bündeln und sowohl in der Forschung als auch in der Lehre zur produktiven Entfaltung bringen.

## Literatur

- Brühl, Tanja* 2004: Das Studium der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Bildungspolitische Chance genutzt?, in: *Sahm, Astrid/Jahn, Egbert/Fischer, Sabine (Hrsg.): Den Frieden weiterdenken! Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Perspektive der jüngeren Generationen*, Wiesbaden, i. E.
- Bund-Länder-Kommission* 2000: Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland, in: [http://www.blk-bonn.de/papers/internationales\\_marketing.pdf](http://www.blk-bonn.de/papers/internationales_marketing.pdf); 27.8.2004.
- Denifle, Heinrich* 1885: Die Entstehung der Universitäten des Mittelalters bis 1400, Berlin.
- Flaschendräger, Werner* 1981: »Magd der Theologie«. Generalstudien unter der Herrschaft der Scholastik, in: *Flaschendräger, Werner (Hrsg.): Magister und Scholaren, Professoren und Studenten. Geschichte deutscher Universitäten und Hochschulen im Überblick*, Leipzig, 15-27.
- Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung* 2001: Jahresbericht 2000/2001, Köln.
- Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung* 2002: Jahresbericht 2001/2002, Köln.
- Grüttner, Michael* 1995: Studenten im Dritten Reich, Paderborn.
- Harmsen, Torsten* 2004: Spitzenfakultäten überall, in: *Berliner Zeitung*, 6.1.2004, 2.
- Heinemann, Karlheinz* 2003: Werbung für ein mittelmäßiges Produkt. Die Erfolge des Hochschulmarketing sind eher mager, und zu viele ausländische Studenten brechen ihre Ausbildung ab, in: *Süddeutsche Zeitung*, 3.11.2003, <http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/berufstudium/artikel/767/20747/>; 27.8.2004.
- Irrgang, Stephanie* 2003: Fahrende Scholaren, in: *Damals News*, 20.8.2003, <http://www.damals.de/sixems/detail.php?id=149363/>; 27.8.2004
- Kibre, Pearl* 1948: *The Nations in Medieval Universities*, Cambridge, MA.
- McIntosh, Daniel* 2001: The Uses and Limits of the Model United Nations in an International Relations Classroom, in: *International Studies Perspectives* 2: 3, 269-280.

- Menzel, Ulrich* 1999: Idealismus, Realismus, Institutionnalismus und Strukturalismus – die vier Paradigmen in der Lehre von den Internationalen Beziehungen, in: Menzel, Ulrich/Varga, Katharina (Hrsg.): Theorie und Geschichte der Lehre von den Internationalen Beziehungen, Hamburg, 11-129.
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg* 2003: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 20.10.2003, Stuttgart.
- Nölke, Andreas* 2003: Intra- und interdisziplinäre Vernetzung: Die Überwindung der Regierungszentrik?, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, 519-554.
- Plümper, Thomas* 2003: Publikationstätigkeit und Rezeptionserfolg der deutschen Politikwissenschaft in internationalen Fachzeitschriften, 1990-2002. Eine bibliometrische Analyse der Veröffentlichungsleistung deutscher politikwissenschaftlicher Fachbereiche und Institute, in: Politische Vierteljahresschrift 44: 3, 529-544.
- Rittberger, Volker/Hummel, Hartwig* 1990: Die Disziplin »Internationale Beziehungen« im deutschsprachigen Raum auf der Suche nach ihrer Identität. Entwicklung und Perspektiven, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Opladen, 17-47.
- Schäfer, Gerhard* 1997: Die frühe Burschenschaftsbewegung, in: Heither, Dietrich/Gehler, Michael/Kurth, Alexandra/Schäfer, Gerhard: Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt a. M., 14-53.
- Schumann, Sabine* 1975: Die »nationes« an den Universitäten Prag, Leipzig und Wien, Berlin.
- Sieber, Michael* 2002: Rede anlässlich des Tages der Lehre in Konstanz am 18. Oktober 2002, in: [http://www.mwk-bw.de/Aktuelles/Reden/STS/Tag\\_der\\_Lehre\\_Konstanz.pdf](http://www.mwk-bw.de/Aktuelles/Reden/STS/Tag_der_Lehre_Konstanz.pdf); 6.1.2004.
- SPD-Parteivorstand* 2004: Weimarer Leitlinien Innovation – Unser Land gerecht erneuern. Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 6. Januar 2004 (Willy-Brandt-Haus-Materialien), in: <http://www.spd.de/servlet/PB/show/1031420/2004-01-09-SPD-Weimarer-Leitlinien-01-.pdf>; 27.8.2004.
- Steiger, Günter* 1991: Urburschenschaft und Wartburgfest. Aufbruch nach Deutschland, Leipzig.
- Turunc, Kerem* 2001: The Winning Delegate: An Insider's Guide to Model United Nations, Izmir.
- Young, Brigitte/Gehrman, Siegfried/Kermann, Markus* 2003: Interkulturelles Lernen im virtuellen Raum. Chancen und Probleme grenzüberschreitender Hochschullehre durch *Distance Learning*, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 10: 1, 167-189.
- Wissenschaftsrat* 2000: Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland (Drs. 4594/00), Berlin.
- Wittke, Peggy* 2001: Model United Nations (MUN) (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen – UN Basis Informationen), Bonn.
- Zürn, Michael* 2003: Die Entwicklung der Internationalen Beziehungen im deutschsprachigen Raum nach 1989, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, 21-46.